Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jeversches Wochenblatt
1923

280 (30.11.1923)

urn:nbn:de:gbv:45:1-114406

Visual Library

Jeversches Wochenblatt

Erscheint an jedem Werktage nachmittags.
Bezugspreis: für Dezember 3,— Goldmark (einschl. Bringerlohn, jedoch ohne Postbestellgebühr). — Einzelnummer 10 Pfg. —
Im Falle von Betriebsstörungen, hervorgerufen durch Maschinenbruch, höhere Gewalt, sowie Ausbleiben des Papiers usw., hat der Bezieher keinerlei Anspruch auf die Lieferung, Nachlieferung oder Minderung des Bezugspreises.

Jeverländische Nachrichten

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kleinschriftzeile oder deren Raum für Jever und Jeverland 15 Pfg., sonst 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. — Die Umrechnung in Papiermark erfolgt bei Bezahlung der Rechnung nach dem am Zahltage gültigen amtlichen Berliner Kurse.
Druck und Verlag: C. L. Mettcker & Söhne Jever i. O.
Fernsprech-Anschluß Nr. 4.

Nummer 280. | Jever i. O., Freitag den 30. November 1923. | 133. Jahrgang.

Noch immer keine Entscheidung.

T.U. **Berlin**, 28. Novbr. Die deutschnationale Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: Die von den Unterhändlern der deutschen Volkspartei und des Zentrums im Reichstag der deutschnationalen Fraktion vorgelegten Hauptfragen betreffen Preußen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat deshalb beschlossen, die deutschnationale Preußenfraktion zu bitten, in Anknüpfung an die heute im preußischen Landtag bereits gepflogenen Verhandlungen sofort nochmals an die bürgerlichen Parteien des preußischen Landtages mit der Frage heranzutreten, ob diese Parteien geneigt sind, die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen umgehend herbeizuführen. Von der alsbald zu erwartenden Antwort bleibt die Entscheidung der Reichstagsfraktion abhängig. Die deutschnationale Preußenfraktion hat dementsprechend beschlossen. Im übrigen hat die deutschnationale Reichstagsfraktion sich jedoch bereit erklärt, die vorbereitenden Verhandlungen betreffend die Reichsregierung weiter zu führen.

Der Bürgerblock durch die Demokraten gefährdet.

T.U. **Berlin**, 28. Novbr. Die Möglichkeiten eines Kabinetts Stegerwald auf der Basis eines Bürgerblocks sind durch die heutige Haltung der Demokratischen Partei wesentlich geringer geworden. Während gestern noch alle Fraktionen, auch die Demokraten, es vermieden hatten, scharf formulierte Forderungen und Erklärungen heraus zu geben, um die Entwicklung zu einem Bürgerblock nicht unnötig zu erschweren, hat heute die demokratische Partei beschlossen, erstens keinem Kabinett beizutreten, dem die Deutschnationalen angehören, zweitens auch ein solches Kabinett nicht stillschweigend zu tolerieren und drittens niemals an der großen Koalition in Preußen rütteln zu lassen. Dadurch ist die Lage natürlich außerordentlich erschwert worden, die bis heute vormittag noch als günstig anzusehen war, da die Deutschnationalen in verschiedenen Besprechungen und Stellungnahmen mit anderen bürgerlichen Parteien sich entgegenkommend gezeigt hatten. Unter dem Eindruck der auf einmal brüsk ablehnenden Haltung der Demokraten haben sich heute gegen Abend die Führer der deutschen Volkspartei, der bayerischen Volkspartei und des Zentrums zusammengeschlossen, um die Möglichkeiten zu beraten, ein Kabinett auch ohne die Unterstützung der Demokraten zu bilden. Der Abg. Stegerwald soll dabei, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, auf dem Standpunkt stehen, daß für ihn die Bildung eines Kabinetts nur auf parlamentarischer Grundlage aller fünf bürgerlichen Parteien in Betracht käme.

Die Sitzung der Demokraten.

T.U. **Berlin**, 28. Nov. Die demokratische Reichstagsfraktion dehnte ihre Sitzung bis in die Abendstunde aus und nahm dann den Beschluß der deutschnationalen Volkspartei entgegen. Festgestellt wurde in den Beratungen, daß in den Fragen der Außenpolitik zwischen allen bürgerlichen Parteien bereits eine Einigung erzielt war. Gegen die Uebernahme des Postens des Außenministers durch Dr. Stresemann wurde von keiner Seite, auch nicht von den Deutschnationalen, Widerspruch erhoben. Die Fraktion erklärte, daß in der Preußenfrage kein Anlaß vorliege, die preußische Koalition, die sich 1½ Jahr lang bewährt habe, zu sprengen. Die Fraktion kam zu der Ansicht, daß auf dem von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Wege eine Kabinettsbildung nicht möglich sei. Sie faßte folgenden Beschluß: Nachdem gegen den Wunsch der deutschdemokratischen Fraktion von den Deutschnationalen die Frage der Regierungsbildung im Reich mit der Frage der preußischen Regierungsbildung verquickt worden sei und dadurch eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschaffen ist, lehnt die Fraktion weitere Verhandlungen mit und zwischen den Fraktionen ab und wird sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsgemäß vorgeschlagenen Weg, also auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten und Reichskanzler ernannten Persönlichkeit beteiligen. Wie verlautet, herrscht auch beim Zentrum die Anschauung vor, daß zu einer Aenderung der Koalition in Preußen kein Anlaß vorliege. Bei der Besprechung der weiteren Möglichkeiten wurde die Wiederherstellung der Weimarer Koalition für unmöglich gehalten wegen des Widerstandes im Zentrum. Auch die kleine Koalition der Arbeitsgemeinschaft der Mitte begegnet großen Schwierigkeiten. Falls in Preußen nach diesem Beschluß der Demokraten überhaupt noch Verhandlungen eingeleitet werden sollten, werden sie im Laufe des Donnerstagnachmittag stattfinden.

Albert an Ebert.

Berlin, 27. Novbr. Reichsminister a. D. Albert hat dem Reichspräsidenten heute in der Mittagsstunde folgendes Schreiben zugestellt: „Ihrem Appell an mein vaterländisches Pflichtgefühl bin ich gefolgt. Ich hoffte, die rechten Männer zur Mitarbeit zu finden. Diese Hoffnung hat sich infolge parteipolitischer Schwierigkeiten nicht erfüllt. Ich lege daher den Auftrag in Ihre Hände zurück."

Die Berliner Presse zur Kabinettskrise.

T.U. **Berlin**, 29. Novbr. Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt zu dem gestrigen Abendbesuch Stegerwalds bei Ebert: Irgendwelche Entscheidungen sind durch diese Unterredung nicht herbeigeführt worden. Man wird vielmehr den Ausgang der heutigen Besprechungen im preußischen Landtage und die davon abhängige Stellungnahme der Reichstagsfraktionen abzuwarten haben. Weiterhin bemerkt der „Berliner Lokalanzeiger": Wir glauben, Grund zu die Vermutung zu haben, daß die entscheidende Aussprache über die preußische Koalitionsfrage gestern abend bereits unter den Fraktionsführern des Landtags begonnen hat. In der Tat würde ja ein Bürgerblock im Reich, der neben einem sozialistisch regierten Preußen seine Existenz zu fristen sucht, von den Einzelländern eine Stütze allein in Bayern finden. Die Deutschnationalen jedenfalls glauben, mit ihrem Beschluß den Beweis geliefert zu haben, daß es ihnen nur auf die Sache, d. h. darauf ankommt, daß nicht sozialistisch regiert wird. Wenn demgegenüber von den Demokraten der Versuch gemacht wird, aus dem Verlangen der Deutschnationalen nach „umgehender" Klärung so etwas wie eine Brüskierung der übrigen Parteien zu konstruieren, so ist das nur vom Standpunkt von Leuten zu verstehen, die eine bürgerliche Regierung nach aller Möglichkeit verhindern wollen.

Der „Vorwärts" schreibt in seinem Lagebericht, auch Stegerwald gescheitert, und bemerkt, als Reichskanzler einer Regierung der Mitte wird neuerdings wieder auch Herr von Kardorff genannt. —

Die „Deutsche Allgem. Ztg." erklärt, so kommen wir nicht weiter. Das Volk verliert die Geduld. Der Reichspräsident ernenne einen Kanzler, der Volkspartei und Deutschnationale hinter sich habe. Teile des Zentrums und der Demokraten werden sich sofort zu ihm finden. Er löse den Reichstag auf und er wird sehen, daß die Mehrheit des Volkes diesem Kurs begeistert folgt. Ohne einen solchen Entschluß ist die Lösung der Kabinettskrise auf verfassungsmäßigem Wege nicht mehr möglich.

Die „Kreuzztg." schiebt den Demokraten die Schuld an der Gefährdung der Stegerwaldschen Kabinettsbildung zu.

Die „Deutsche Ztg." erwartet die Lösung der Krise frühestens für heute abend und wendet sich nebenbei auch gegen Stresemanns Kandidatur als zukünftiger Außenminister.

Die „Tag" stellt fest, daß die Verhandlungen auch am Mittwoch über den wichtigsten Punkt, Umbildung der Preußischen Regierung, nicht hinweggekommen sind.

Die „Dtsch. Tagesztg." spricht von demokratischen Quertreibereien, während auch der Börsenkurier die Krise noch als völlig ungelöst betrachtet. Er spricht von einem Scheitern des Bürgerblocks an der Preußenfrage, ebenso das „Berl. Tagebl.", das ebenfalls feststellt: Der Bürgerblock gescheitert!

Die „Berl. Börsenztg." wünscht, daß alle diejenigen, die an den Entscheidungen der nächsten Stunden beteiligt sind, sich ihrer Verantwortung bewußt zeigen in Bezug auf die Tatsache, daß zum ersten Male seit der Revolution jetzt die Möglichkeit gegeben ist, den bürgerlich-nationalen Gedankea voll Ausdruck in der Reichspolitik zu geben. Man müsse auch in Rechnung stellen die Not des Landes, die bei weiterer Verschärfung der Krise zu verhängnisvollsten Explosionen führen kann. (Ebenso aber auch bei weiteren Verschleppungen, die das Parlament um den Rest des ihm noch verbliebenen Vertrauens im Volke bringt. D. R.)

Neueste Nachrichten.

Auflösung der vorläufigen Regierung der rheinischen Republik.

T.U. **Köln**, 29. Novbr. Wie die „K. V." erfährt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Heftor Erz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

T.U. **Koblenz**, 28. Novbr. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten" erfahren, hat die vorläufige Regierung der rheinischen Republik in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der Generalbevollmächtigte teilt dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission mit, daß in den letzten Tagen bereits 8 Mitglieder des Kabinetts ausgeschieden seien, nachdem es sich etwa vor 14 Tagen in zwei Teile gespalten hatte, von denen jeder für sich Kabinettsbeschlüsse faßte, und daß sogar inzwischen die durch das Kabinett aufgelöste oberste Heeresleitung sich in eine Militärdiktatur umgewandelt habe, bei der ein Sekretär namens Rosenbaum die Hauptrolle spiele. Bezeichnend ist das offene Eingeständnis am Schlusse des Schreibens, daß für die Auflösung der Umstand mitbestimmend gewesen sei, daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt gewesen sei.

Ein Lumpenregiment fällt über kurz oder lang immer auseinander. Das hätten sich die Herren Volksverräter gleich von vornherein sagen können.

Tumultszenen im sächsischen Landtag.

T.U. **Dresden**, 28. Nov. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages kam es bei der Fortsetzung der Beratungen über die kommunistischen Anträge wegen der Einsetzung der Reichswehr in Sachsen zu unerhörten Tumultszenen. Es fielen wieder die gewöhnlichsten Schimpfworte gegen die Redner der Rechten. Da sich der Präsident keine Ruhe verschaffen konnte, so ließ er die Saalsirenen ertönen und erklärte, nachdem einigermaßen Ruhe wieder eingetreten war: Andere Mittel als Ordnungsrufe und gütliches Zureden stehen mir nicht zu Gebote. Selbstzucht üben die Herren nicht. Ich fordere Sie auf, ihre ungezogenen Nebensarten zu unterlassen. Sie müßten sich endlich daran gewöhnen, Ordnung zu halten, sonst müßten sie sich ein anderes Feld aufsuchen und ein anderes Präsidium wählen. Ich danke jedenfalls für die Ehre, einem solchen Hause zu präsidieren.

Die neue Inflation.

T.U. **Berlin**, 28. Nov. Der Untersuchungsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft lenkt in einer Entschließung das Hauptaugenmerk aller für die deutsche Wirtschaft verantwortlichen Kreise auf die viel zu hoch angesetzten Goldpreise. Diese hohen Goldpreise müßten reduziert werden, da andernfalls eine Konkurrenz mit dem Auslande unmöglich gemacht wird. Die Innenmark sei ebenfalls nicht genügend aufnahmefähig, da die weiten Schichten der Bevölkerung zu den hohen Goldpreisen kaum kräftig genug sind. Mit der Verteilung der Goldzahlungsmittel muß der sofortige Abbau der Risikoprämien und des zu hohen Goldmarkpreises einhergehen, sonst tritt sofort eine Entwertung der wertbeständigen Zahlungsmittel ein und es beginnt eine neue fürchterliche Inflationsperiode.

Die amtliche Großhandelsindexziffer.

T.U. **Berlin**, 28. Nov. Die auf den Stichtag des 27. Nov. berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ergibt in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark das 1422,9milliardenfache des Friedensstandes und hat somit gegenüber dem Stande vom 20. d. M. (1413,4milliardenfach) keine wesentliche Veränderung erfahren. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1914 gleich 100) stand am 27. November auf 142,3 gegen 141,8 am 20. d. M.

Die Reichsindexziffer vom 26. November.

T.U. **Berlin**, 28. Nov. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag den 26. Nov. auf das 1535milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (831milliardenfach) beträgt demnach 84,7 Prozent.

Dr. Schacht über die Einführung der Rentenmark.

T.U. **Berlin**, 28. Novbr. Vom Reichswährungskommissar Dr. Schacht wird u. a. erklärt: Der Umstand, daß die Reichsmark sich von Tag zu Tag mehr und mehr verknappen muß, ist bislang in der Oeffentlichkeit nicht genügend beachtet worden. Er kann indessen auf den Devisenmarkt nicht ohne Einfluß bleiben. Auf jeden Fall darf ein gewisses Gefühl der Beruhigung Platz greifen darüber, daß die Währungsreform einen stetigen und klar vorgezeichneten Weg geht. In der Zwischenzeit werden die Bemühungen um die Errichtung einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldkrediten für die deutsche Wirtschaft nicht ruhen dürfen.

Spanische Erkenntnisse.

T.U. **Madrid**, 29. Novbr. Das Komitee der Studentenhilfe für Zentraleuropa veröffentlicht eine Kundgebung der hiesigen Universität zwecks genauer Feststellung der Einzelheiten für die von den Studenten zu veranstaltenden öffentlichen Sammlungen. Der Sammeltag wird erst nach der Rückkehr des Königspaares bestimmt werden, da seine Anwesenheit im Interesse der Sammlung abgewartet werden solle. Die Presse aller Richtungen fährt mit der Veröffentlichung von Artikeln zu gunsten Deutschlands fort. Die Zeitung „Opinion" nimmt sich besonders der deutschen Sache an und versichert, die Krisis Deutschlands sei eine Krisis der Menschheit und der Kultur, denn Deutschlands Universitäten seien das Mekka der Wissenschaft. In der Zeitung „ABC" wird auf die Beteiligung einst deutschfeindlicher Schriftsteller hingewiesen und in dieser Tatsache das Zeichen eines schlechten Gewissens wegen ungerechten Urteils während des Krieges und der Angst, die deutsche Kultur endgültig zu verlieren, erblickt.

Heimreise des spanischen Königspaares.

T.U. **Neapel**, 28. Nov. Das spanische Königspaar verabschiedete sich nach dem Besuche Pompejis vom Herzog von Aosta und begab sich an Bord der „Zaine" zur Heimkehr nach Spanien. Ein Geschwader der italienischen Flotte begleitete die Souveräne.

Radisch aus England ausgewiesen.

T.U. **Prag**, 28. Nov. Nach einer Blättermeldung hat das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten von der jugoslawischen Gesandtschaft in London die Nachricht erhalten, daß die britische Regierung beschlossen habe, dem kroatischen Bauernführer Radisch bekanntzugeben, daß er London in kürzester Zeit zu verlassen habe. Gründe für diesen Schritt seien bisher nicht bekannt geworden.

Politische Rundschau.

Die Erwerbslosen-Katastrophe in Düsseldorf.

T.U. **Berlin**, 28. Nov. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, beschäftigte sich die Stadtverordnetensitzung am heutigen Tage in der Hauptsache mit der Erwerbslosenfrage. Von allen Seiten wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen. Von seiten der Stadtverwaltung wurde hervorgehoben, daß in Düsseldorf zurzeit 120 000 Erwerbslose vorhanden sind, das seien zwei Drittel sämtlicher Industriearbeiter der Stadt. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien fordert die Regierung auf, die Unterstützungen so lange wie irgend möglich zu zahlen. Die Stadtverwaltung müsse sonst jede Verantwortung für die unabsehbaren Folgen ablehnen, die dadurch eintreten müßten, daß das Reich die Städte und Gemeinden des besetzten Gebietes in der höchsten Not im Stiche ließe.

Unverzinsliche Goldschatzanweisungen.

T.U. **Berlin**, 28. Nov. Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Der preußische Staat gibt unverzinsliche Goldschatzanweisungen mit einer Laufzeit von ein, zwei und drei Monaten in Stücken über 10, 15, 20, 50, 100, 500, 1000 und 5000 Goldmark aus. Die Schatzanweisungen sind bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung Berlin, Markgrafenstr. 38) zu beziehen. Sie werden gegen Papiermark abgegeben nach dem Mittelkurs der letzten amtlichen Notiz der Berliner Börse für Auszahlung Newyork am Tage vor der Abgabe und nach dem genannten Mittelkurs der letzten amtlichen Notiz vor dem Fälligkeitstage in Papiermark eingelöst, wobei eine Goldmark gleich $^{10}/_{42}$ Dollar gerechnet wird. Die Einlösung in Rentenmark bleibt vorbehalten. (Eine Rentenmark gleich eine Goldmark.) Nicht-Bankiers wird ein Diskont bis zu 5 Prozent jährlich vorweg vergütet. Für die Einlösung der preußischen Goldschatzanweisungen wird aus dem allgemeinen Staatseinkommen insbesondere die auf Gold-Basis gestellten Einnahmen aus der Steuer vom Grundvermögen bereitgestellt. Die Schatzanweisungen können vom zehnten Tage vor Fälligkeit ab zum Nennbetrag auf Forderungen des preußischen Staates aus Steuern oder Verträgen, z. B. Holzverkäufen, sobald sie auf Goldbasis gestellt sind, in Zahlung gegeben werden.

Das Reichsgericht und die Hypothekenaufwertung.

T.U. **Leipzig**, 29. Novbr. Der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts hat am Mittwoch in einer Klagesache eines Hypothekengläubigers gegen einen Grundstücksbesitzer in Lüderitzbucht über die Frage der Möglichkeit einer Hypothekenaufwertung eine prinzipielle Entscheidung gefällt, in der nach § 242 und nach § 607 des B.G.B. die Möglichkeit der Aufwertung der Hypotheken durchaus gegeben ist und nicht im Widerspruch zum deutschen Währungsrecht steht.

Aus dem preußischen Landtag.

T.U. **Berlin**, 29. Nov. Nachdem Präsident Leinert die Mittwochsitzung des preußischen Landtages eröffnet hatte verlas er ein Schreiben, in dem seitens der Kommunisten gegen die Verhaftung der Abgeordneten Frau Rosie Wolffstein Verwahrung eingelegt wird. Er habe sich sofort an den Innenminister gewandt, doch wurde in einer Sonderverhandlung mitgeteilt, daß die Immunität nicht verletzt sei, weil die Abgeordnete bei Ausübung einer mit Strafe bedrohten Handlung betroffen worden sei. Minister Severing gab dann Kenntnis von einem Bericht, der die genauen Vorgänge bei den Kundgebungen schilderte, und nahm die Polizei gegen den Vorwurf in Schutz, als ob durch ihr Vorgehen die Immunität verletzt worden sei. Da Frau Wolffstein sich mitten unter den Demonstranten befand und der Aufforderung, weiter zu gehen, nicht folgte, sich weiterhin widerspenstig zeigte, wurde sie festgenommen und wird wie die anderen Gefangenen dem Richter zugeführt werden. Unter dauerndem Lärm und Unterbrechungen der Kommunisten machte der Minister Ausführungen, die das Treiben der KPD. geißelten und die Beziehungen zur dritten Internationale und zu den Sowjets beleuchteten. Es handele sich um Generalproben für einen großen bewaffneten Aufstand. Als Beweis für das Bestehen geheimer kommunistischer Waffenlager läßt der Minister einige Gewehre, Karabiner und Maschinengewehre vorlegen. Die Regierung werde aber mit allen Mitteln gegen die verbrecherischen Versuche der kommunistischen Ordnungsstörer vorgehen. — Einem Antrage

Landesbibliothek Oldenburg

Meyer auf sofortige Besprechung der Rede des Ministers mußte stattgegeben werden. Nach dem Abg. Meyer (Komm.) sprach der Abg. Heilmann (Soz.), der erklärte, daß das Rüsten zum bewaffneten Aufstand, ob von rechts oder von links, ein Verbrechen am Volke sei. Die Staatsgewalt müsse hier mit allen Machtmitteln einschreiten. Der Abg. Dr. Meyer habe im Wesentlichen das Material des Ministers bestätigt und zugegeben, daß die Kommunisten den bewaffneten Aufstand wollen. Der Fall Wolffstein solle dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden. — Gegen die Kommunisten wurde alsdann ein Schlußantrag angenommen. Ein Antrag auf Haftentlassung der Abg. Wolffstein wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. — Nachdem man dann noch zahlreiche kleine Vorlagen zur Erledigung gebracht hatte, vertagte sich das Haus nach vierstündiger Sitzung auf Donnerstagmittag 12 Uhr.

Die Verwendung des deutschen Volksopfers.

T.U. Berlin, 29. Novbr. Der Reichsarbeitsausschuß des Deutschen Volksopfers hat in seiner letzten Sitzung 600 000 Goldmark zur Ausschüttung bestimmt. Von diesem Betrage wird ein Teil zur Unterstützung der Gefangenen und Ausgewiesenen, der Rest für Volksspeisungen und Notstandsmaßnahmen im besetzten Gebiet verwendet werden.

Die Krise in der Sozialdemokratie.

Gestern trat in Berlin der sozialdemokratische Parteiausschuß zusammen, der sich insbesondere mit der in der Partei bestehenden organisierten Opposition befaßte. Nach dem „Vorwärts" wurde hierzu u. a. gegen acht Stimmen folgende Entschließung gefaßt: „Der Parteiausschuß erklärt das Bestehen und die Förderung geschlossener oppositioneller Organisationen innerhalb der Partei und das Bestehen eines besonderen Organs mit besonderen parteipolitischen Tendenzen für unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Partei-Einheit und fordert den Parteivorstand auf, dagegen mit allen zweckdienlichen Mitteln einzuschreiten."

Ein Verwaltungsrat für die Rheinlande.

Berlin, 28. Nov. Im Reichstag fand gestern nachmittag, wie die Blätter mitteilen, eine Aussprache im Fünfzehner-Ausschuß des Rheinlandes mit rheinischen Abgeordneten aller Parteien über die Rheinlandfrage statt. Es wurde grundsätzlich beschlossen, daß im Rheinland ein Verwaltungsrat von 56 Mitgliedern gewählt werden soll. Wahlberechtigt sollen nur Mitglieder des Reichstages, des preußischen Landtages und der Provinziallandtage sein, so weit sie in dem besetzten Gebiet sind. Einbezogen sind die Enklaven von Hagen und Elberfeld. Ein Termin für die Wahlen ist noch nicht anberaumt.

Schutzhaft Dr. Roths.

T.U. München, 28. Nov. Im ständigen Hauptausschuß des bayerischen Landtages wurde heute eine lange Aussprache über die Verlängerung oder Aufhebung der Schutzhaft des Abg. Dr. Roth eröffnet, der im Verdacht steht, mit Putschisten Verbindung gesucht zu haben, um landesverräterische Handlungen zu begehen. Es lag der Antrag vor, die Schutzhaft gegen Roth sofort aufzuheben und seine Immunität als Abgeordneter sofort wieder herzustellen. Dabei wurde mitgeteilt, daß dem Abgeordneten die Haftentlassung bereits in Aussicht gestellt worden ist unter der Bedingung, daß er ehrenwörtlich eine Verpflichtung eingeht, sich jeder Betätigung in den Kampfverbänden und vaterländischen Verbänden zu enthalten und alle Angriffe gegen die Regierung und gegen die Herren von Kahr, Lossow und Seißer zu unterlassen. Dr. Roth hat diese Zumutung mit Entrüstung zurückgewiesen. Eine Abstimmung über die Haftentlassung Dr. Roths ist vom Ausschuß noch nicht vorgenommen worden.

England gegen die Kontrolltätigkeit.

Paris, 28. Nov Der „Matin" glaubt zu wissen, daß England und Italien der französischen Politik Schwierigkeiten machen wollen. Schon während der Beratungen der Botschafterkonferenz habe sich das Bestreben gezeigt, Frankreich zu genieren, aber man habe gehofft, daß die schließlich erreichte Verständigung allen Schikanen ein Ende machen würde. Diese Voraussetzung sei ein Irrtum gewesen. Die Einigung sei in den wichtigsten Punkten eine bloße Form. London und Rom hätten inzwischen bereits gezeigt, daß sie nicht die Absicht haben, Frankreich seine Politik ohne Störungen verfolgen zu lassen. England habe seinem Vertreter in der Kontrollkommission, General Bingham, Instruktionen gegeben, welche die militärische Ueberwachung nahezu unmöglich machen.

Mussolinis nationaler Verteidigungsplan.

T.U. Rom, 29. Nov. Zur Ausarbeitung eines nationalen Verteidigungsplanes wird Ministerpräsident Mussolini einen gemischten Ausschuß ins Leben rufen, dem außer Mitgliedern des Kabinetts Vertreter des Heeres, der Flotte, des Luftdienstes, der Banken, der Eisenbahnen usw. angehören werden.

*

— Ehrhardt für Ludendorff. Von unterrichteter Seite erfahren wir: Trotz der Erklärung Ludendorffs gegen die Führerstellung Ehrhardts im völkischen Lager arbeitet Ehrhardt an der Zusammenfassung aller völkischen Kreise unter Mitheranziehung Ludendorffs in einer dessen unvergänglichen Verdiensten entsprechenden Stellung. Ehrhardt hofft, daß Ludendorff eines Tages erkennen wird, daß ihn Berliner, sich völkisch nennende Hetzer für ihre ehrgeizigen Zwecke ausnutzen wollen.

Für deutsches Bauernvolkstum.

Die Landbevölkerung als „der feste Kern des Volkskörpers" hat für dessen Leben, Gesundheit und Erhaltung eine besondere Bedeutung. Sie hat aber diese Bedeutung nur dann, wenn sie sittlich gesund bleibt, ihre eigenartige bäuerliche Kultur, ihr eigenwüchsiges Bauernvolkstum sich erhält. Das Landvolk darf also nicht verstädtern, sich nicht die städtische „Bildung" aufpfropfen, durch die der Bauer — um nur eine von vielen Schädigungen anzuführen — zur Bauernarbeit unlustig wird, so daß er wirtschaftlich herunterkommt und über kurz oder lang vielleicht überhaupt dem Lande verloren geht. Also muß ein eigenes bäuerliches Bildungswesen geschaffen werden bis hinauf zur obersten Spitze, der Bauernhochschule. Gott sei Dank besteht in Deutschland noch ein eigenwüchsiges, echtes, lebendiges Bauernvolkstum, das sich aus sich selbst heraus entwickelt hat und noch nicht von außen her nach der Schablone einer „allgemeinen Bildung" ertötet worden ist. Dies eigene bäuerliche Kulturgut (in Sitten, Tracht, Mundart sittlichen Anschauungen und allen sonstigen guten Ueberlieferungen) gilt es, liebevoll zu erhalten und weiter zu entwickeln; es darf nicht etwa ein ganz Neues an dessen Stelle gesetzt werden unter Abbruch aller Ueberlieferungen, sondern das Vorhandene ist zu veredeln, das Gute in ihm zu pflegen.

Das eigene bäuerliche Bildungswesen ist für das Weiterbestehen des deutschen Bauernvolkes ebenso nötig wie die wirtschaftliche Daseinsgrundlage und die eigene politische Organisation. Letztgenannte ist sogar nur durch das eigene bäuerliche Bildungswesen möglich, denn ohne dies wird die Bauernschaft keine hinreichend gebildeten, geistig wirkensfähigen politischen Führer haben, sie würde also unfähig sein, ihre Belange selbst wahrzunehmen. Und wiederum für die Erlangung sowohl der politischen Machtstellung wie der notwendigen Bildungshöhe ist Grundlage und Vorbedingung ein wirtschaftliches Gedeihen durch eine richtige Wirtschaftspolitik. Ohne einen gewissen Wohlstand ist an Bildung gar nicht zu denken. Die Bauern würden dann einfach nicht die nötigen Geldmittel haben, um ihr Bildungswesen und ihre politische Organisation bezahlen zu können. Diese erforderliche wirtschaftliche Kraft, die jetzt gerade noch vorhanden ist, obwohl schon vor Krieg und Revolution die deutschen Bauern zu 90 v. H. aus wirtschaftlich schwachen und kleinen Existenzen bestanden, sie wäre sofort verloren, wenn man die Bauern nun noch mehr proletarisieren würde, indem man sie durch Wegsteuerung der Grundrente und sonstige bodenreformerische Maßnahmen ihres Besitzes beraubt und sie bestenfalls zu abhängigen Angestellten und Zinssklaven des mobilen Kapitals und der ihnen übelgesinnten Linksparteien macht. Darauf laufen die Bestrebungen der Freiwirtschaftler (Silvio Gesell), Bodenreformer und ähnlicher Gruppen hinaus, die dabei den Siedlungsgedanken lediglich als Aushängeschild benutzen. Wer es mit den deutschen Bauern gut meint, muß die Versuche ihrer Versklavung, Zersetzung, Schwächung und Entwurzelung bekämpfen und sie im Gegenteil frei, stark, sittlich gesund, bodenständig und wurzelfest machen, sowohl geistig wie wirtschaftlich und politisch. Dieser Grundsatz gilt in allererster Linie auch für das Wirken der deutschen Bauernhochschulen; in diesem Geiste müssen sie lehren, die deutschen Jungbauern ausbilden, das gesamte deutsche Bauerntum beeinflussen. Nur das ist völkisches Wirken, ist ein Teil planmäßiger und allseitig wohldurchdachter völkischer Politik. Solches völkische Wirken, solche völkische Grundeinstellung muß aber gefordert werden, während jede Festlegung auf Parteipolitik und Parteibestrebungen abzulehnen ist. Und aus demselben Grunde ist auch alles, was das Deutschtum schwächt und zersetzt, zu bekämpfen, jeder Pazifismus und alle Bestrebungen, durch „Erfüllungspolitik" und „Erfassung der Sachwerte", Verpfändung des Privatbesitzes und dergl. das deutsche Volk der Zinsknechtschaft in den Ketten des internationalen Kapitals auszuliefern. Der letzte festgeschlossene nationale Block, der der schrankenlosen Herrschaft des Großkapitals über den ihm rettungslos verschuldeten deutschen Staat entgegensteht, ist die deutsche Bauernschaft und ihr Grundbesitz. Darum Hände weg von ihm! Er darf weder durch erdrosselnde Besteuerung noch durch Gesetze gegen das Eigentum fortgenommen werden.

Oldenburg und Nachbargebiete.

Jever, 29. November.

*** Der erste Schnee.** Wer kennt nicht das reizende Bild von Ludwig Richter, auf dem die ganze Freude der Kinderwelt an dem ersten Schnee so anheimelnd zum Ausdruck kommt? Wer kennt nicht aus eigener Erfahrung die Freude, mit der man in jungen Jahren die ersten Schneeflocken begrüßt hat, die vom Winterhimmel herabtanzten? Wer hat nicht selbst die Poesie empfunden, die mit dem Anfange des Winters verbunden ist? Woher kommt diese freudige Stimmung, mit der wir den Winter in seinem Schneegewand willkommen heißen? Bei der Jugend versteht sie sich eigentlich von selbst, denn der erste Schneefall öffnet die Tür zu einem Winterparadies, das reich ist an Vergnügen aller Art: Schneeballschlachten, Schlittenfahren, Schneemannbauten usw. Aber auch der Erwachsene verspürt immer wieder etwas von dem Zauber des ersten Schnees, so oft er ihn auch schon erlebt haben mag. Dieser Schneefall berührt uns wie eine zarte Hand, die die Natur auf uns legt. Das Erdreich, das dem kommenden Frühling entgegenschläft, wird langsam von der Natur in ein dichtes Winterkleid gehüllt. Tritt uns hier die Natur nicht entgegen wie eine Mutter, die ihr Kind recht warm und fürsorglich zum Schlaf bettet? Und dieses Walten der Natur ist es wohl, das uns aus dem Wirbel der Schneeflocken entgegenweht und das uns mitten in der Totenstille der Natur wie ein Hauch aus dem Reiche der Poesie berührt.

*** Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg, Landesteil Oldenburg, 42. Band. 109. Stück.** ist ausgegeben und enthält: Nr. 333. Verordnung für den Freistaat Oldenburg vom 22. Novbr. 1923, betreffend anderweitige Festsetzung des Tage- und des Nachtgeldes usw. bei Dienstreisen der Landesbeamten. — Nr. 334 Siebente Verordnung vom 24. November 1923, betreffend Aenderung der Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 29. Juni 1922 (Gesetzblatt 41. Band, Seite 1027 ff.).

*** Singverein.** Das Oratorienkonzert am Mittwoch, 12. Dezember, beginnt pünktlich nachm. 5 Uhr und wird gegen 8 Uhr zu Ende sein.

Der Vorverkauf für die Aufführung der „Heiligen Stadt" ist soeben eröffnet. Es sind Plätze zu 3, 2 und 1.50 Goldmark zu haben. Vorverkaufsstelle Breithaupt, Kreuzdrogerie, Fernsprecher Nr. 320.

Die Altpartie in der „Heiligen Stadt" hat Frau Hartwig-Correns übernommen. In der Besprechung der Chemnitzer Aufführung der „Heiligen Stadt" wird der prächtige Altklang ihrer Stimme und ihre vornehme Art zu singen, besonders gelobt. Auch ein Leipziger Kritiker zeigt sich entzückt von der Stilreinheit und Stimmenschönheit ihres Vortrags. Ueber einen Liederabend schreibt die „Glauchauer Zeitung": Frau Hartwig-Correns Altstimme ist eine der allerschönsten Stimmen dieser Art, die man in Deutschlands Konzertsälen finden kann. Bei ihr findet man die alte Lehre von den „Meistern" wieder mal voll und ganz entkräftet, vom tiefen A bis zum hohen E ein ausgesprochener, pastoser (das abgedroschene Wort sei mir gestattet; es ist doch für diesen Fall das treffendste!) Alt dunkelster Färbung, dazu ein verinnerlichter Vortrag, daß man den Gedanken an das große Vorbild der Sigrid Onegin bei keinem Liede los wird. Was es heißt, ein Lied gestalten, bei Frau Hartwig-Correns kann man es lernen. Das „Mädchenlied", und vor allem aber wohl „Liebestreu" von Brahms waren Kunstdarbietungen höchster Vollendung. Besonders wäre noch zu loben das Einsetzen für moderne Meister, für Pfitzner und Erich J. Wolf

*** Kürzung der Versorgungsbezüge der Ruhegehaltsempfänger, Dienstzeitrenter und deren Hinterbliebenen bei Privateinkommen.** Nach Artikel 10, § 6 Absatz 3 der Personalabbauverordnung vom 27. 10. 1923 (Reichsgesetzbl. 1, S. 999) ist jeder Versorgungsberechtigte, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste verwendet wird und neben seinen Versorgungsgebührnissen ein weiteres steuerbares Einkommen bezieht, bei Verlust seiner Versorgungsbezüge verpflichtet, der diese regelnden Behörde oder, wenn sie ihm nicht bekannt ist, der seine Versorgungsbezüge zahlenden Kasse innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der P. A. V. oder nach Beginn des Bezuges eines solchen weiteren Einkommens dessen Höhe anzuzeigen. Die P. A. V. ist am 31. Oktober 1923 in Kraft getreten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen erscheint es angezeigt, auf diese Mitteilung zurzeit bei denjenigen zu verzichten, für die eine Kürzung ihrer Versorgungsbezüge im Hinblick auf die Höhe des kürzungsfreien Einkommens von vornherein nicht in Frage kommen kann. Zur Anzeige bis Ende dieses Monats sollen demnach nur diejenigen Versorgungsberechtigten verpflichtet sein, deren steuerbares Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes nach Abzug der darin enthaltenen Versorgungsbezüge im Monat Oktober 1923 den Betrag von 400 Milliarden Mark überschritten hat. Es ist dies das auf Grund der Durchschnittsmeßzahlen für Oktober 1923 ermittelte Einkommen der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe A VII in der Ortsklasse E, das nach dem Stande der ersten Novemberwoche bereits 7 Billionen Mark (monatlich) beträgt. Sind im Oktober 1923 außerordentliche, nicht regelmäßig wiederkehrende Einnahmen (§ 11 Nr. 2 bis 5 des Einkommensteuergesetzes) bezogen, so kann der Versorgungsberechtigte zwecks Herbeiführung eines angemessenen Ausgleichs die Einnahmen der drei letzten Monate getrennt für August, September und Oktober anzeigen. Kann das Einkommen für die oben bezeichneten Abschnitte (entweder für Oktober oder für die letzten drei Monate) nicht zahlenmäßig festgestellt werden, z. B. bei buchführenden Gewerbetreibenden, Landwirten usw., so ist das Einkommen für die Zeitabschnitte zu schätzen. Die Unterlagen zu diesen Schätzungen nötigenfalls später einzufordern, bleibt vorbehalten. Bei denjenigen Versorgungsberechtigten, bei denen eine Veranlagung zur Einkommensteuer für 1922 stattgefunden hat, ist in jedem Falle in der Anzeige zu Vergleichszwecken auch anzugeben, wie hoch das endgültig veranlagte steuerbare Einkommen im Kalenderjahre 1922 nach Abzug der Versorgungsgebührnisse gewesen ist. Ist das für Oktober bezogene Einkommen inzwischen etwa infolge Aufkündigung des Dienstverhältnisses fortgefallen oder unter die oben angegebene Grenze heruntergesunken, so kann die Anzeige unterbleiben. Die Anzeigepflicht erstreckt sich auf alle Ruhegehaltsempfänger und Wartegeldempfänger. Sie gilt auch für die nach dem Offizierpensionsgesetz, den entsprechenden älteren Gesetzen, für die nach dem Offiziersentschädigungsgesetze, dem Kapitulantenentschädigungsgesetze, dem Wehrmachtversorgungsgesetze und dem Reichsversorgungsgesetze versorgten Personen, sowie für die ehemaligen Kapitulanten, die Dienstzeitrenten erhalten.

***— Wer unter der Teuerung am meisten und am wenigsten leidet.** Die Wirkung der Teuerung und Geldentwertung auf die verschiedenen Berufsgruppen zeigt mit besonderer Deutlichkeit die Kündigung der Fernsprechanschlüsse aus Anlaß der Gebührenerhöhung vom 1. Oktober vor. Jahres. Von allen Berufsgruppen kündigten ihre Hauptanschlüsse Privatleute und Berufslose am meisten mit 4 Prozent. Es folgen Schriftsteller, Redakteure und Gelehrte mit 3,86 Proz., das Schaustellungsgewerbe mit 3,05 Prozent, Beamte und Angestellte 2.29, Rechtsanwälte 2,17, freie Berufe 2.06, Kleingewerbe in Städten

---

Blaubart.

Roman von Marianne Mewis.

16) (Fortsetzung.)

Thea wiegte lächelnd das Haupt. „Müde — — vielleicht. Vielleicht auch nicht. Man kommt sich so leicht entbehrlich vor. Unser Fach verfügt über eine allzu reichliche Zahl von Männern mit stärkeren Nerven und von Körperschwäche unbeeinflußter Ausdauer. Da fragt man sich schließlich: Wozu noch in den ohnehin überhitzten Wettbewerb eintreten? — Und der Herr Hauptmann hat am Ende recht: mir ist manchmal selber zumute, als ob ich meiner Weibsnatur lange Zeit Zwang angetan hätte und sie sich nun rächte und mich zu den Gewohnheiten und Tätigkeiten ungezählter Generationen von Frauen zurückzöge."

Sie hob die Hand mit einem Gürtel, den sie bestickte, und zwar kunstvoll und hübsch.

„Eine Kette, die Jahrtausende überdauert hat, bricht man eben nicht so leicht. Und wenn schon — ein Ende schleift stets nach."

„Und mit diesem Kettenende am Arm hat Thea die Marmelade eingekocht!" verriet Tine lachend und schob Attmatt eine Büchse hin. Denn Flock bereitete den Nachmittagstee.

„Thea, mit deinen medizinischen Kenntnissen und der Anlage zur Hauswirtschaft vermöchtest du der Segen einer ganzen Gegend zu werden!" rief Kemmermann. „Heirate einen Gutsbesitzer im Osten. Da kannst du all deine Gaben entfalten."

Thea lachte. „Erstens ist keiner da." (Phipps schüttelte unwillkürlich den Kopf.) „Und zweitens will ich doch abwarten, ob die alte Liebe zur Medizin nicht wieder springlebendig wird. Ich beabsichtige deshalb auch nicht etwa, alle Studien über Bord zu werfen, sondern will mich ein wenig auf vernachlässigte Nebenfächer, die Botanik zum Beispiel, verlegen."

Attmatts Augen glänzten. „Mein Vater war ein eifriger Pflanzensammler," sagte er freudig. „Ich besitze noch seine wohlerhaltenen Herbarien der ganzen heimischen Flora und eine Reihe von Fachbüchern, deren Lücken ich durch neue Werke ergänzt habe. Denn auch mir ist ja teuer, was mein kleines Reich aufweist, und sei es ein Pilz oder ein Käfer. Darf ich alles zur Verfügung stellen, Fräulein Rütte?"

Thea war erschrocken. Davon hatte sie nichts gewußt. Sie zögerte mit der Antwort. Aber Tine räusperte sich mahnend. Also stimmte Thea zu.

„Danke, Herr von Attmatt! Ich will nächster Tage Umschau halten."

„Da tun sich einem verzagten Manne allerlei unverhoffte Aussichten auf."

Er wandte sich an Tine: „Donata wieder aus dem Hause und Fräulein Herbart abgereist — —"

„Also kommen Sie so oft wie möglich zu uns!"

„Auch diese Güte noch! — Und Herr Hauptmann Lodzek hat sich bereden lassen, seinen ganzen Urlaub bei mir zu verleben."

„Dann begleitet Ihr Gast Sie wohl freundlichst auf Ihren Fahrten nach Kemmern?"

Des Russen kleine dunkle Augen blinkerten.

„Tausend Dank! — Bin übrigens ebbenfalls Naturfreund. Und die Botanik ist mir nicht ganz fremd. Ich hatte so viel Gelegenheit, Neies und Schenes zu sehen." Und er begann begeistert die blühenden Azaleendickichte im Kaukasus zu schildern: glühende Farbenpracht und berauschender Duft.

Thea sah ziemlich betreten aus. Und Phipps erhob sich verdrossen und „mußte sich nach dem Grummet umschauen". —

Das Heu, welches er inspizierte, stand indes noch grün als ganz kurzer, sammetdichter, fester Rasen auf dem Halme. Und Flick und Donata, die Tee verschmähten, spielten Tennis darauf.

„Störe ich? Flick, laß mich an deine Stelle treten."

„Tritt denn, Philipp Traugott Emanuel! Du störst immer!"

Sie setzte sich auf einen der bereitgestellten Stühle und bekrittelte das Spiel.

Donata war ein ganzes Kind gewesen, als sie in die Genfer Pension geschickt wurde. Und Phipps hatte sie als solches betrachtet.

Sie war auch innerlich kindlich geblieben, benahm sich indes wie eine junge Dame. Noch flutete ihr das Blut beim geringsten Anlaß stärker in die Wangen. Und sie fuhr sich dann immer noch mit der Hand über das dunkle, an Stirn und Nacken krause Haar, um das Gesicht einen Augenblick mit dem Arm zu verdecken. Aber die Schüchternheit Fremden gegenüber war doch im allgemeinen überwunden, die kecke Zunge unter Freunden für anmutige Rede gebändigt.

Sie sowohl als Philipp scheuten sich etwas vor dem früheren „Du". Und Phipps hatte sich sogar beim Wiedersehen zu einem „gnädigen Fräulein" aufgeschwungen, war indes dem unbarmherzigen Spott sämtlicher Kemmermanns anheimgefallen.

Er spielte mit steifen, eckigen Bewegungen, doch nicht ungeschickt. Donata flog dem Ball wie eine Feder nach.

Phipps bemerkte das denn auch nach einiger Zeit. Und seine Weltschmerzmiene hellte sich auf.

„Du wohnst jetzt zuvörderst eine Ewigkeit bei uns, Donata," sagte er in einer Spielpause „Aber wirst du später noch einmal von Rodewald fortgehen?"

„Nein. Ich verlasse Rodewald nicht mehr. Ich bleibe stets bei meinem Vater." Ihr rundes Gesichtchen rötete sich von einem tiefen Gefühl. „Es ist mir sehr schmerzlich, ihn, hoffentlich nur für kurze Zeit, verlassen zu müssen. Doch darf man ihm im Augenblick nicht widersprechen. Und er will oft herkommen."

„Du bist gern bei uns, Donata?"

„Sehr gern, Philipp. Aber natürlich noch lieber bei Vaterchen."

„Wir — ich wünschte, du bliebest ganz bei uns."

„Du hast ja Schwestern."

Phipps sah sich vorsichtig um. Flick war aufgestanden und wandelte fernab dem Beerengarten zu.

„A, die! — Man stammt aus einer Wiege und versteht sich doch nicht, Donata! Ich wollte, du wärst mein Schwesterchen."

Donata, sehr geschmeichelt ob des ihr bewiesenen Vertrauens, kramte ihre junge Weisheit aus: „Ich verstehe, Philipp! In jeder Familie ist so etwas. Meine — meine Mütter standen mir auch nicht so nahe, wie sie wohl gesollt hätten. Nur der Vater — ach, Philipp, wie ich meinen Vater liebe! Nun endlich gehört er mir! Nun behalt ich ihn!"

„Donata — —" Phipps zögerte. Aber sie steckten nun einmal in den Bekenntnissen drin — „Donata, dein Vater ist immer noch nicht alt. Er kann noch einmal — sei mir nicht böse! — kann nochmals heiraten — —"

Das junge Mädchen errötete so stark, daß ihr die Tränen in die Augen getrieben wurden. „Dein, Philipp!" — — Und nach etwas Besinnen fuhr sie flüsternd fort: „Dir erzähl ichs. Keinem Menschen sonst. Und du versprichst mir, nicht davon zu reden —"

„Ehrenwort, Donata!"

„Also, wie die Mama, die letzte, in der Gruft stand, den Abend, weißt du, beim Gutenachtwünschen, da hat er mirs gesagt: „Wir beide, Donata, wir bleiben nun selbzwein. Ich hab wohl unrecht getan — — Kind, du bist ja jetzt groß und verstehst mich: ich hätte deiner Mutter keine Nachfolgerin geben sollen. Treu muß man sein, Donata! Und Untreue straft sich. Ich bin genug gestraft worden.... Sei du treu, mein Kind!" — Und das will ich: ihm treu bleiben!"

„Du wirst selber heiraten."

„Nie!!"

Phipps sah sie eine Weile prüfend an. Er fand etwas überaus Vertrauenerweckendes in ihr. Und schwer rang sich ein furchtbares Geheimnis von seiner Seele: „Ich heirate auch nicht! — —"

Darauf standen sie noch ein Weilchen erschüttert und stumm vor Bewegung nebeneinander und begaben sich dann mit der ernsten, hohen Miene zweier jungen Heiligen, die dem Leben entsagt haben, wieder zum Tennisspiel. — — —

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

1,82, Kleinhandel in Städten 1,79, Schankwirtschaften und Gasthöfe 1,75, Aerzte und Hebammen 1,55, Architekten und Ingenieure sowie Krankenhäuser 1,51, land- und forstwirtschaftliche Betriebe 1,43, das Kleingewerbe auf dem Lande 1,37, Verbände und Vereine 1,32, das Zeitungsgewerbe 1,31, das Versicherungsgewerbe 1,23, der Kleinhandel auf dem Lande 1,19, selbständige Kaufleute 1,17, das Transportgewerbe 1,06. So gut wie gar nicht und weniger als 1 Prozent gekündigt haben Behörden mit 0,56 Prozent, der Großhandel mit 0,52, das Bankgewerbe mit 0,36 und endlich das Großgewerbe mit nur 0,32 Prozent.

* **Bullennachkörung.** Wie aus dem heutigen Anzeigenteil hervorgeht, findet am Freitag den 7. Dezember d. J. nachmittags 2 Uhr hier eine Bullennachkörung statt, wozu alle Bullen, die wegen Krankheit oder aus irgend einem anderen Grunde zu der Hauptkörung nicht vorgeführt worden waren, der Körkommission vorzustellen sind.

* **Der Stenographenverein „Stolze-Schrey"** hielt am Dienstagabend im Jugendheim eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Im Verein herrscht zurzeit rege Tätigkeit. Der vor kurzem eröffnete Anfängerkursus zählt reichlich 20 Teilnehmer; der Verein hat bei Beendigung einen großen Zuwachs zu erwarten. Die umfangreiche Tagesordnung wurde von den Mitgliedern mit Interesse erledigt. An Stelle des aus dem Vorstand geschiedenen Bibliothekars wurde Herr Bürogehilfe Gerken gewählt. Das diesjährige Stiftungsfest soll im Januar nächsten Jahres in Form eines Unterhaltungsabends mit nachfolgendem Tanzkränzchen abgehalten werden. Der in der Versammlung gewählte Vergnügungsausschuß wird schon jetzt mit Vorarbeiten beginnen, um das Fest in gewohnter Weise vorbereiten zu können. Es steht zu erwarten, daß das Stiftunsfest den Vereinsmitgliedern und seinen Freunden eine reiche Abwechselung bieten wird. Der Verein ist in erster Linie bestrebt, seinen Mitgliedern in der schönen Kunst der Stenographie Förderung angedeihen zu lassen. Es kann allen Schriftgenossen nur dringend empfohlen werden, die Uebungsabende des Vereins, welche Mittwochs jeder Woche abends 8 Uhr im Lyzeum stattfinden, zu besuchen. Es ist beabsichtigt, in nächster Zeit einen Debattenschriftkursus einzurichten. Vorgeschrittene Stenographen wollen sich schon jetzt bei dem Kursusleiter für Debattenschrift, Herrn Aktuar Becker, oder bei dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Auktionator Funke, anmelden. Mitglieder auswärtiger Vereine können an diesem Kursus teilnehmen.

* **Auswanderung.** Die wirtschaftlichen Nöte im deutschen Vaterlande bringen es mit sich, daß immer mehr Deutsche sich entschließen, in überseeische Länder auszuwandern, um sich dort eine neue Existenz zu gründen. Der Hauptstrom ergießt sich immer noch in die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dies ist erklärlich, weil die Vereinigten Staaten bereits recht vielen früher ausgewanderten Deutschen eine neue Heimat gewährt haben und neue Auswanderer daher leichter Verwandte, Freunde und Bekannte finden, an die sie sich zunächst halten können, die ihnen mit ihrer Erfahrung, ihren Kenntnissen von Land und Leuten und nicht zuletzt mit ihren — Dollars zur Seite stehen. Die Vereinigten Staaten nehmen auch nur solche Auswanderer auf, für welche sich ein Bürger der Vereinigten Staaten vorher verbürgt und sich verpflichtet hat, ihnen im Notfalle seinen Beistand zu gewähren. Nachrichten, welche durch die Presse gehen, wonach Auswanderer in dem Lande ihrer Sehnsucht zunächst in große Bedrängnis geraten sind, können sich daher auf Auswanderer nach Nordamerika kaum beziehen, vielmehr handelt es sich hierbei um Ausreisen nach irgendwelchen exotischen Ländern, besonders nach Südamerika, welche ohne genügende Kenntnis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des neuen Landes aufs Geratewohl vorgenommen werden. Davon, nach Nordamerika auszuwandern, werden sich tatkräftige, unternehmungslustige Deutsche durch solche Nachrichten kaum abhalten lassen, wissen sie doch aus Briefen ihrer Bekannten und Verwandten, daß solche sich dort wohl fühlen und ihr gutes Auskommen finden. Dies muß gesagt werden, obgleich es im Interesse des deutschen Vaterlandes tief bedauerlich ist, daß so viele seiner Söhne, darunter oft die rührigsten, tatkräftigsten und tüchtigsten, ihrem Heimatlande entrissen werden und eine neue Heimat im fremden Lande suchen müssen. Sucht man den Grund, so genügt ein Wort: Versailles. Die Vereinigten Staaten nehmen aber nur jährlich eine bestimmte Anzahl Deutscher auf. Die Zählung beginnt am 1 Juli jeden Jahres. Der diesjährige große Andrang hat verursacht, daß in dem am 1. Juli 1923 begonnenen Zähljahr bereits die ganze Anzahl Deutscher in Amerika gelandet worden ist. Vor dem 1. Juli 1924 können daher keine Deutschen mehr nach Nordamerika auswandern. Mancher Deutsche, der schon früher den deutschen Verhältnissen entfliehen und in das gelobte Land des Dollars ziehen möchte, wird seine Sehnsucht daher noch einige Monate bezähmen müssen. Um so größer wird natürlich der Andrang nach dem 1. Juli werden und es ist nicht ausgeschlossen, daß dann, wie es für andere Nationalitäten bereits geschehen ist, ein förmlicher Wettlauf zwischen den verschiedenen Dampfergesellschaften sich entspinnen wird, um möglichst schnell die zulässige Anzahl Deutscher hinüberzubringen. Aus diesem Grunde kann Personen, welche auszureisen beabsichtigen, nur geraten werden, sich schnellstens die Reisepapiere zu besorgen und sich einen Platz auf einem bald nach dem 1. Juli fahrenden Dampfer zu sichern. Die äußerst zuverlässigen Vertretungen der großen Dampfschiffahrtsgesellschaften, die sich in jedem größeren Ort befinden (für den Norddeutschen Lloyd in Jever: Erich Albers und Fink) geben in jeder Frage kostenlose Auskunft, insbesondere auch über die Besorgung der Reisepapiere.

*— **Dreihundert Artendeutsche Postwertzeichen in fünf Jahren.** Am 1. Dezember führt die deutsche Reichspost, nachdem sie monatelang damit gezögert hat, wochenlang nach der Einführung des wertbeständigen Geldes, nun auch ihrerseits wertbeständige Briefmarken ein, die auf den alten Goldpfennigen basieren. Damit beschließt sie eine wenig ruhmvolle Geschichte der Briefmarkenausgabe. Seit der Beendigung des Krieges, seit der Zeit, da die deutsche Mark ins Rutschen kam, seit die Portoerhöhungen sich schneller und immer schneller überstürzten und überstürzen mußten, weil er keine Festbriefmarken gab, wurden nach und nach in fast fünf Jahren genau dreihundert verschiedene Briefmarken aller Art, darunter auch Luftpost- u. Dienstmarken ausgeben, wobei unbedeutende Abarten beiseite gelassen und nur die wesentlichen Farb- und Wasserzeichenunterschiede berücksichtigt werden. Das sind mehr, als seit Gründung des Reiches bis zum Jahre 1918, also in fast fünfzig Jahren, nötig wurden. Diese dreihundert verschiedenen Marken gliedern sich in 224 Marken zur Frankatur von privaten Sendungen und 76 verschiedene Dienstmarken. Von den Kursmarken sind 19 Flugpostmarken und 17 Marken aus besonderem Anlaß ausgegeben worden, so daß für den täglichen Verkehr 188 verschiedene Marken übrig bleiben.

* **Devisenkurse vom 28. Novbr.:** Dollarmittelkurs 4,2 Billionen, engl. Pfund 18,35 Billionen, holländ. Gulden 1,596 Billionen.

---

* **Oldenburg, 27. Nov. Mittelstandsküche.** Der Jungdeutsche Orden hat hier in der Wilhelmstraße eine Mittelstandsküche eingerichtet, die hauptsächlich dazu dienen soll, verarmten Angehörigen des Mittelstandes billig oder unentgeltlich Mittagessen zu liefern. Für diese wahrhaft soziale Einrichtung sind aus dem ganzen Lande sowohl vom Landvolk als auch vom Großhandel und von einzelnen Firmen Lebensmittel in großer Menge gestiftet worden, so daß der Betrieb für etwa vier Monate schon gesichert ist. Die Küche, die den Namen „Geusenküche" erhalten hat, wurde am ersten Tage nach Eröffnung von 30 Personen benutzt.

* **Oldenburg,** 27. Nov. **Rechtsanwalt Dr. Meyer,** eine weit über Oldenburg hinaus bekannte Persönlichkeit, ist durch einen Herzschlag plötzlich einem arbeitsreichen Leben entrissen. Er stand im 49. Lebensjahre. Bekannt ist er besonders als Stadtratvorsitzender geworden.

---

* **Wilhelmshaven,** 28. Novbr. **Mehrere Diebstähle** verübte vor einigen Tagen ein 20 Jahre altes Mädchen. Die Untersuchung der Sache ergab, daß die Diebin vollkommen verwahrlost und verkommen ist. Sie lebt mit einem Arbeiter, der ebenfalls verkommen ist, in wilder Ehe und hat ein drei Monate altes uneheliches Kind. Der Vater — jener Arbeiter — sorgt für das Mädchen und das Kind nicht, so daß auch das Kind verkommt. Die Not hat das Mädchen zum Diebstahl getrieben. Ein grauenhaftes „Familienverhältnis".

Leer, 28. November. Am gestrigen Tage feierte die Firma Eisengießerei Boekhoff u. Co. hier, ihr 50jähr. Bestehen. Die Feier war in einer, den Zeitverhältnissen entsprechend, sehr würdigen Form gehalten. Am frühen Morgen legten Abordnungen der Firma, der Angestellten und Arbeiter an den Gräbern der Gründer Kränze nieder. Erhebend war die Feier, die die gesamte Belegschaft gegen 10 Uhr in der festlich geschmückten alten Gießhalle veranstaltete und zu der sie den Inhaber der Firma nebst Familie gebeten hatte.

* **Leer,** 28. Nov. **Stahlhelm.** In der gestrigen Generalversammlung des „Stahlhelms" erklärten sich die zahlreich Anwesenden für die Bildung eines selbständigen Gaues Ostfriesland.

Südgeorgsfehn, 23. November. Bei der Ausbesserung des Daches kam der Kolonist Schmidt infolge Bruchs einer Leitersprosse derart zu Fall, daß der Bedauernswerte mit dem Leib auf die Leiterkante aufschlug, wodurch er eine tiefe, klaffende Wunde erlitt, die innere Körperteile bloßlegte. Da nach dem Befund des Arztes diese jedoch nicht verletzt sind, waltete auch noch Glück bei dem Unglück.

Spickelkamperfehn, 27. November. Freiwillig aus dem Leben geschieden ist hier am Sonnabend der 56jährige Arbeiter Joh. Haßler. Der Lebensmüde, der eine Zeitlang wegen Geisteskrankheit in der Heil- und Pflegeanstalt Osnabrück untergebracht war, sollte im Laufe der nächsten Zeit dorthin zurückkehren. In einem unbewachten Augenblick hat H. sich in dem von seiner Familie bewohnten Hause erhängt. Er hinterläßt eine Frau und 7 Kinder.

Vermischtes.

* **Der Moralfatzke.** Wir lesen in einer Berliner Plauderei des „Deutschen": Nachdem die liebe Gewohnheit des Anstehens von uns heute mehr denn je geübt wird, denn es gibt wohl kaum mehr etwas, nach dem man sich nicht in Reih und Glied aufstellen muß, so ist es vielleicht nicht uninteressant, sich mit einer „anstellenden" Type zu beschäftigen. Das ist der Moralfatzke, der so ziemlich die Rolle des Chores in der griechischen Tragödie vertritt, denn er moralisiert über alles und noch einiges mehr. Wenn sich zwei wegen ihrer Plätze streiten, so verweist er sie auf die ganz neue Tatsache, daß, wer zuerst kam, natürlich zuerst kommt. Schimpft jemand über das lange Stehen, belehrt er ihn, daß man wo anders noch länger anstehen müsse, und versucht ein neuer Ankömmling, sich vorzudrängen, macht er ihn in milden Tönen darauf aufmerksam, daß es hier nach der Reihe geht und gehn muß, soll die sittliche Weltordnung nicht einen schmählichen Schiffbruch erleiden. Wehe dem, der gegen den Verkäufer oder gegen die Verkäuferin ein böses Wort äußert. Mit heiliger Entrüstung wird dem Unhold klargemacht, daß die junge Dame oder der junge Herr ja nur zwei Hände am Leibe hätten und das Menschenmögliche leisteten. Klagt jemand über die hohen Preise, macht ihm der Moralfatzke begreiflich, daß es ja eigentlich noch weit teurer sein müsse. Ist jemand mit der gelieferten Ware nicht zufrieden, wird er belehrt, daß man in jetziger Zeit keine exorbitanten Ansprüche stellen dürfe und das Belieferte eigentlich das Beste seiner Art darstelle. Kurz, der Moralfatzke ist ein unergründlicher Brunnen tiefer Weisheit. Nichts geschieht, keine Aeußerung, sei sie noch so geartet, fällt, die er nicht zu einer Standpauke benutzt und breit tritt. Er ist ein schöner Typ, der Moralfatzke, und sogar dem lieben Herrgott überlegen; der weiß bekanntlich alles, der Moralfatzke aber weiß alles besser.

* **Eine jüdische Garnison in Palästina?** Einer der bekanntesten Zionisten namens Jabotinsky betreibt zurzeit eine lebhafte Propaganda für die Bildung einer jüdischen Truppe für Palästina. In den Reden, die er zu diesem Zwecke hält, stellt er fest, daß in der letzten Zeit die Erfolge des Zionismus sehr stark zurückgegangen sind. Namentlich habe in England die anfangs günstige Stimmung für die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates in Palästina sehr stark abgenommen. Jabotinsky führt das darauf zurück, daß England sich gezwungen sähe, Palästina gegen die Araber mit englischen Soldaten zu verteidigen und daß man deshalb in England sich frage, welche Veranlassung das Land habe, die jüdischen Interessen in Palästina zu vertreten. Aehnlich sei auch die Stimmung unter den englischen Soldaten in Palästina. Der englische Soldat, so sagt Jabotinsky, sei gern bereit, sich für sein Land zu schlagen, er habe aber keine große Neigung, dasselbe für einen zionistischen Staat zu tun. Unter diesen Umständen sei das einzige Mittel, um den Gedanken des jüdischen Nationalstaates in Palästina durchzuführen, die Gründung einer Truppe, die lediglich aus Juden bestehe und der die Aufgabe zufallen müsse, Palästina zu verteidigen.

Letzte Meldungen.

Reichslandbund und Rentenmark.

T.U. Berlin, 28. Novbr. Der gesamte Vorstand des Reichslandbundes nahm am 28. November nach eingehender Aussprache folgende Entschließung einstimmig an: Der Reichslandbund erwartet von der Reichsregierung, daß sie in öffentlicher Kundgebung erklärt, jede Maßnahme, die eine Fortsetzung der Zahlungsmittel oder einer sonst irgendwie gearteten Inflation darstellt, nicht nur zu unterdrücken, sondern sie auch zu bekämpfen, und daß sie einen für jedermann verständlichen Ueberblick gewährt über die augenblickliche Gold- und Finanzlage des Reiches. Der Reichslandbund betrachtet die Aufhebung sämtlicher Devisenverordnungen als eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung unserer Währung. Der R. L. B. fordert weiter von dem Reichsfinanzminister, daß er die Währungsreform einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft ehrlich und rückhaltlos durchführt und erwartet von seinen Mitgliedern im Verwaltungsrat der Rentenbank, daß sie die Reichsregierung insbesondere den Reichsfinanzminister bei der Beschreitung dieser Wege anregen und unterstützen.

Die Ausgabe der Rentenmark unterbrochen.

Berlin, 28. Nov. Der Verkauf der Rentenmark mußte heute vorübergehend aus technischen Gründen unterbrochen werden. Das Personal, das die Verbuchung der Verkäufe zu besorgen hat, konnte mit seiner Arbeit dem Andrang nicht folgen. Mit irgend welchen Vorgängen auf dem Devisenmarkt hat entgegen verschiedenen Gerüchten die Stockung, wie auf das Bestimmteste versichert wird, absolut nichts zu tun. — Wirtschaft Horatio!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" auf unbestimmte Zeit verboten.

T.U. Essen, 29. Nov. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", die bekanntlich auf acht Tage verboten war und am Donnerstag wieder erscheinen sollte, ist von der Besatzungsbehörde aus unbekannten Gründen auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Ein neuer Kirchenprozeß in Rußland.

T.U. Moskau, 29. Novbr. Die Sowjetbehörden haben Hilarion, den nächsten Mitarbeiter des Patriarchen Tichon, und 13 weitere Personen aus der Umgebung des Patriarchen verhaftet. Damit dürfte wieder ein neuer großer Kirchenprozeß bevorstehen.

Sozialdemokratische Kampfansage an die Kommunisten.

Berlin, 28. Nov. Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat laut „Vorwärts" gestern nach Annahme einer Reihe von Resolutionen folgende Entschließung gefaßt: Die Kommunistische Partei Deutschlands bereitet auf Befehl der Moskauer Zentrale einen gewaltsamen Angriff auf die deutsche republikanische Verfassung vor. Die Sozialdemokratische Partei, die den Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der Verfassung durchführen wird, lehnt daher jede organisatorische und politische Vereinbarung mit den Kommunisten ab. Der Parteiausschuß erwartet, daß alle Organisationen im Reiche dementsprechend handeln.

Der Skandal im Sachsenparlament

T.U. Dresden, 29. Novbr. Ueber die gestrigen Skandalszenen im Landtag wird noch berichtet: Als die Abgeordnete Büttner (Soz.) den Ausführungen eines demokratischen Redners über die bolschewistische Blutherrschaft in Rußland durch Kopfnicken zustimmte, brachte das einen ihrer Parteigenossen, den Expolizeipräsidenten Honke gewaltig in Harnisch. Er führte mit ihr eine Auseinandersetzung, die damit endete, daß er vor ihr im Saale ausspuckte und ihr androhte, man werde auf dem Parteitag über sie noch ein Wörtchen zu reden haben. — Interessant war auch die Behauptung des Ministerpräsidenten Fellisch, daß Dr. Stresemann in der Nacht nach dem Hitlerputsch telegraphisch um sächsische Hilfe gegen Bayern gebeten habe. Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Sachsen wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Das Reichsgericht und die Hypothekenaufwertung.

T.U. Leipzig, 29. Novbr. Der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts hat am Mittwoch in einer Klagesache eines Hypothekengläubigers gegen einen Grundstücksbesitzer in Lüderitzbucht über die Frage der Möglichkeit einer Hypothekenaufwertung eine prinzipielle Entscheidung gefällt, in der nach § 242 und nach § 607 des B.G.B. die Möglichkeit der Aufwertung der Hypotheken durchaus gegeben ist und nicht im Widerspruch zum deutschen Währungsrecht steht.

In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß der Grundsatz „Mark gleich Mark" nicht unbedingt aufrecht erhalten werden könne. Anderseits könne aber nicht darüber entschieden werden, und es ist auch nicht darüber zu entscheiden, ob Sparkassenforderungen, Anleiheforderungen usw. der Entscheidung des Reichsgerichts in der Hypothekensache gleichgestellt werden können. In der Urteilsbegründung wird ferner gesagt, daß in der Aufwertungsfrage auch auf die wirtschaftlichen Umstände der Jetztzeit Rücksicht genommen werden müsse. Es müsse unter allen Umständen bei der Beurteilung der Frage die wirtschaftliche Lage des Schuldners, die Lasten öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, berücksichtigt werden und es müsse auch berücksichtigt werden, ob es sich bei dem Grundstück um industriellen oder landwirtschaftlichen oder Hausbesitz handelt. Die Bestimmungen des deutschen Währungsrechtes ständen der Aufwertung der Hypotheken nicht entgegen. Die Goldklausel könne nicht in Betracht gezogen werden, da die Gesetzgeber bei Erlassen dieses Gesetzes an eine Entwertung des Papiergeldes nicht gedacht haben.

Der französische Waldraub.

T.U. Paris, 29. Nov. Aus Koblenz wird gemeldet: Die offiziellen Ergebnisse der Reichsnahme der Wälder im Rheinland im Jahre 1923 betrugen 21 Millionen Franken, die Erträgnisse für 1923/24 werden auf 80 bis 100 Millionen Franken geschätzt.

Der sinkende Franken.

T.U. Paris, 29. Nov. Für die Erhebung bei der internationalen Telegrammgebührenberechnung vom 1. Dezember ab ist der Wert des Goldfranken auf 3,40 Fr. festgesetzt worden.

Baldwin junior gegen Baldwin senior

T.U. London, 29. Nov. Oliver Baldwin, der Sohn des Ministerpräsidenten, betätigt sich eifrig im Wahlkampf und kann sich dabei in radikalen Angriffen gegen die Regierung und die Politik seines Vaters nicht genug tun. So sprach er gestern in Buckingham vor etwa 1500 Personen in einer Wahlversammlung der Arbeiterpartei und erklärte u. a., die jetzige Regierung habe noch nichts anderes getan als die Hände zu ringen. Eine solche Außenpolitik sei aber geradezu katastrophal. Die Regierung spreche jetzt so viel von Schutzmaßnahmen, die sie zum Wohle des Landes ergreifen wolle. Die beste Schutzmaßnahme seiner Meinung nach sei aber die, die das Volk vor einer solchen Regierung wie der gegenwärtigen schützen.

Zugverkehr auf Station Jever

vom 12. November 1923 ab. (Ohne Gewähr.)

Abgang der Züge.

Nach Wittmund: 7.00 (nur an Schultagen), 7.55, 10.10, 1.38, 5.13 (vom 1. April bis 30. September, nur an Werktagen). 6.02, 9.12 (nur an Werktagen), 10.08 (nur an Sonn- und Festtagen).

Nach Wilhelmshaven: 5.15 (von Jever bis Wilhelmshaven nur Sonn- und Festtags, von Jever bis Sande vom 1. Oktober bis 31. März, auch an Werktagen), 5.19 (nur an Werktagen vom 1. April bis 30. September), 5.46 (nur an Werktagen vom 1. Oktober bis 31. März), 6.42 (nur an Werktagen), 8.40, 12.05, 1.55 (nur Sonnabends), 3.59, 7.50.

Nach Carolinensiel: 10.12, 1.45, 5.55, 10.12 (hält nicht in Wiefels).

Nach Oldenburg-Bremen: 5.15 (vom 1. Oktober bis 31. März, von Sande bis Bremen auch D-Zug), 5.19 (Jever-Sande vom 1. April bis 30. September, nur an Werktagen, ab Sande auch D-Zug), 5.46 (Jever-Sande vom 1. Okt. bis 31. März, nur an Werktagen), 8.40, 12.05 (von Oldenburg bis Bremen auch D-Zug) 3.59, 7.50.

Ankunft der Züge.

Von Wittmund: 5.12 (vom 1. April bis 30. Septbr., nur an Werktagen), 5.41 (vom 1. Oktober bis 31. März nur an Werktagen), 7.41 (nur an Schultagen), 8.34, 11.55, 3.52, 7.42, 10.07.

Von Wilhelmshaven: 7.47, 10.03, 1.31, 3.05 (nur Sonnabends), 5.08 (vom 1. April bis 30. September, nur an Werktagen), 5.35 (vom 1. Oktober bis 31. März, nur an Werktagen), 5.57, 9.08 (nur an Werktagen), 9.45 (nur an Sonn- und Festtagen).

Von Carolinensiel: 7.32 (nur an Werktagen), 8.31 (nur an Sonn- und Festtagen), 11.50, 3.46, 7.34.

Von Bremen-Oldenburg: 7.47 (von Oldenburg, ab 5.41 vom 1. April bis 30. September, 6.00 vom 1. Oktober bis 31. März, nur an Werktagen), 10.03, 1.31, 5.08 (Sande-Jever nur an Werktagen vom 1. April bis 30. September), 5.35 (Sande-Jever nur an Werktagen vom 15. Oktober bis 31. März), 5.57, 9.08 (nur an Werktagen), 9.4 (nur an Sonn- und Festtagen).

Steuerabzug vom Arbeitslohn

in der Zeit vom 26. November bis 1. Dezemb. 1923 berechnet nach d. Grundzahlen mit Schlüsselzahl 700000

(alles in Millionen).

Familienstand	monatlich	wöchentl	täglich	zweistündl.
Unverheir. oder verw. Arbeitn. ohne Kind.	4704000	1128960	188160	47040
Verheir. Arbeitn. ohne Kinder	5208000	1249920	208320	52080
Unverh. od. verw Arnehmer mit 1 mittell Angehör. od. 1 mindj. Kind	8064000	1935360	322560	80640
Verheir. Arbeitn. mit 1 minderj. Kind oder mittell. Angehör. . .	8568000	2056320	342720	85680
Ledig oder verw. mit 2 minderj. Kindern od. mittellos. Angehörig.	11424000	2741760	456960	114240
Verh mit 2 mindj. Kindern od. mittell. Agh	11928000	2862720	477120	119280
Ledig od. verw. mit 3 mindj. Kindern oder mittell. Angehörigen	14784000	3548160	591360	147840
Verheir. mit 3 mdj. Kd oder mittell. Angeh	15288000	3669120	611520	152880
Ledig oder verw. m. 4 minderj. Kindern oder mittell. Angehörigen	18144000	4354560	725760	181440
Verh. mit 4 mdj. Kindern od. mittell. Agh.	18648000	4475520	745920	186480
Für jedes weitere Kind oder mittellosen Angehör. jeweils mehr in Abzug zu bringen	3360000	806400	134400	33600

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 2. Dezember.

Oldorf. Gottesdienst 2 Uhr nachmittags.

St. Joost. 10 Uhr Gottesdienst. (Geistlicher.)

Pakens. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.

Sengwarden. Nachm. 5 Uhr Liturg. Adventsfeier.

Schule zu Garms. 3 Uhr Gottesdienst, darnach Taufen. Pfr. Brinkmann.

Kirche zu Sande. 10 Uhr Gottesdienst. Kandidat Frerichs, Neuende

---

Baptisten-Kapelle Jever. Sonntag nachmittags 4 Uhr: Gottesdienst.

Wettervoraussage für Freitag den 30. Nov.

Fortdauer des meist bewölkten, leichten Frostwetters; Schneefälle bei böigen nordöstlichen Winden.

Landesbibliothek Oldenburg

Oldenburgischer Landtag.

Zweite vertrauliche Sitzung

Mittwoch den 28. Nov. vorm. 9 Uhr.

Am Regierungstische Ministerpräsident v. Finckh, die Minister Stein und Weber, sowie mehrere Regierungsräte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Schmidt (Dem.), die vorgesehene Besprechung der Erklärung des Staatsministeriums von der Tagesordnung abzusetzen und dafür eine vertrauliche Besprechung der Verhältnisse im Rheinland an den Schluß der Sitzung zu stellen. — Der Landtag ist einverstanden.

Beschaffung notwendiger Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel im Interesse der Volksernährung.

Infolge der ständig wachsenden wirtschaftlichen Not weitester Volkskreise mußte die Staatsregierung es als vornehmste Aufgabe ansehen, die gefährdete Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Nahrungsmitteln und Brennstoffen zu regeln.

Der Ausschuß beantragte nachträgliche Genehmigung der vom Staat geleisteten Bürgschaften, Bewilligung weiterer Bürgschaften und Mittel und der in Aussicht genommenen Anleihen für die drei Landesteile.

Abg. Schmidt (Dem.) spricht des längeren als Berichterstatter zu den einzelnen Ausführungen des Ausschußberichtes und bemängelt dabei verschiedene Punkte. Bei der zwangsweisen Torflieferung an die Amtsverbände für verbilligte Preise ist die Regierung von der ursprünglichen Basis, den Preis nach den Gestehungskosten festzustellen, abgewichen und hat ihn 10 Prozent unter den Großhandelspreis bemessen. — Die Ausgabe der Roggenanteilscheine hat ihre Bedenken. Sie hat zweifellos unaufhörlich auf die Grundpreise gewirkt, und es fragt sich, ob für eine solche Menge Anteilscheine Deckung vorhanden ist. Es ist auch von vornherein vorgesehen, daß die Roggenanteilscheine nur kurze Zeit bis zur Ausgabe von wertbeständigen Zahlungsmitteln bestehen sollen. — Redner bemängelt, daß von vielen Geschäftsleuten die Rentenmark sabotiert worden sei, manche hätten nur 70 Prozent bezahlt für die Rentenmark. Verordnungen nützen nichts, es muß scharf durchgegriffen werden.

Abg. Meyer-Holle (Ztr.) wünscht Aufhebung des Lieferungszwanges für Milch an die Privatmolkereien. Den Städtern muß genügend und preiswert Milch geliefert werden, das trägt dazu bei, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu beheben, was nur zu wünschen sei.

Abg. Zimmermann (Soz.) bemängelt die Höhe der Milchpreise gegenüber dem geringen Verdienst der Arbeiter. Von den eingegangenen Beiträgen für die Ruhrhilfe sind hohe Summen aufgestapelt und zurückbehalten worden und so der Geldentwertung verfallen. — Die Preisprüfungsstelle hat ihren Zweck bislang nicht erfüllt. Der Zentner Torf beispielsweise kostet in Ausstringen 1.60 Goldmark. Zu dem knurrenden Magen darf nicht auch noch die kalte Stube kommen. — Nach der Regierungsverordnung scheint es den Kaufleuten erlaubt zu sein, beim Verkauf nach Papiergeld Aufschläge bis zu 100 Prozent zu nehmen. Das sind Zustände, die einer Aenderung bedürfen.

Minister Weber: Der Milchlieferungszwang kann da aufgehoben werden, wo eine Lieferungspflicht an die Städte nicht besteht. Die Preisprüfungsstelle hat schon erfolgreich gewirkt. Ihre Tätigkeit steht vorerst im Interesse der Verbraucher. Bei zu hohen Preisen ist zunächst die örtliche Preisprüfungsstelle in Anspruch zu nehmen.

Abg. Haskamp (Ztr.) ist der Ansicht, daß der Lieferungszwang betr. Milch für Molkereien überall fallen könnte.

Abg. Müller (Komm.) befürchtet, daß die Rentenmark denselben Weg gehe wie die Papiermark, wenn nicht strenge Maßregeln getroffen und gehandhabt würden. Die Regierung sollte nicht nur nach unten, sondern auch nach oben energisch wirken.

Minister Stein nimmt die Regierung gegen den Vorwurf in Schutz, als ob sie mit zweierlei Maß messe. Das Roggengeld mag seine Nachteile haben, aber die Sicherheit darf nicht angezweifelt werden. Sie ist da.

Abg. Brodeck (Soz.) rügt energisch, daß Bäcker nur Brot verabfolgen für Lieferung von Brotgetreide. Solche Geschäfte, die geradezu zum Diebstahl verleiten, sollte man rücksichtslos schließen. Man hat das Gefühl, als ob die Gendarmerie nicht durchreift, weil sie sich nicht gedeckt fühlt.

Minister Weber: Die Regierung steht hinter der Gendarmerie. Sie kann aber unmöglich überall dort einschreiten, wo ihre untergeordneten Stellen maßgeblich sind.

Abg. Hug (Soz.): Die Not besonders in den Badestädten ist derart groß, daß bedeutende Mittel notwendig sind, um sie nur halbwegs zu lindern. Wir stehen erst am Anfang des Winters. Wenn das Volk bei vollen Scheunen hungern muß, müssen gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, da reicht die freie Liebestätigkeit nicht aus. Unter der Papiermarkwirtschaft leiden die unteren Stände am meisten. In der Milchversorgung haben die Organisationen der Landwirtschaft vollständig versagt. Wir haben in diesem futterreichen Jahre weniger Milch zur Verfügung als im vorigen Jahre. Die Regierung sollte sich bewußt sein, daß mit kleinen Mitteln und freier Liebestätigkeit nicht auszukommen ist.

Minister Weber: Die Regierung ist sich dessen bewußt, aber ihre Tätigkeit hat ihre Grenzen. Sie wird alles tun, was in ihren Kräften steht.

Nach einer längeren Aussprache über Erwerbslosenzustände in Lübeck wird die Vorlage angenommen.

Ebenfalls angenommen werden die Vorlagen, die eine Abänderung des Gesetzes betr. Besteuerung des Wandergewerbes, Abänderung des Gesetzes zur Ausübung der Jagd betreffen.

Drittes Landesbrandkassen-Teuerungsgesetz.

Infolge der in den letzten Monaten eingetretenen rapiden Geldentwertung ist es der Landesbrandkassenverwaltung nicht möglich gewesen, die Beiträge in der Höhe und so rasch zur Hand zu haben, daß bei einem Brandschadenfalle ein voller Ersatz möglich gewesen wäre. Der vorliegende Gesetzentwurf soll diesem Uebelstande abhelfen in der Weise, daß sowohl die Beiträge zur Landesbrandkasse als auch die Auszahlungen im Schadensfalle in Goldmark erfolgen sollen.

Abg. Leffers (Ztr.) bringt eine Anzahl Klagen bezüglich der Brandkassenfrage zur Sprache.

Abg. Haskamp (Ztr.) Es herrscht große Unzufriedenheit über die geringen Entschädigungen in Brandfällen vor. Nach dem neuen Gesetz, das Entschädigungen in Goldmark vorsieht, dürfte es ja anders werden. Ein dringender Wunsch der Landwirte geht dahin, daß zur Beschaffung von Minimarkföchern Zuschüsse gegeben werden aus der Brandkasse.

Minister Weber: Seitens der Brandkassenverwaltung ist alles geschehen, was sich mit den Bestimmungen des Gesetzes vereinbaren läßt.

Abg Hartong-Delmenhorst (D. V.) hat eine gewisse Wehmütigkeit bei Regelung von Brandschäden vermißt. Man kann nicht alles auf die Geldentwertung schieben wollen. Das schwerfällige Verfahren muß aufhören, es muß mehr kaufmännisch gehandelt werden. Hoffentlich ermöglichen die neuen Bestimmungen eine grundlegende Umstellung.

Minister Weber bestreitet, daß die Verwaltung irgend welche Schuld an den Unzufriedenheiten ist. Sie kann nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen handeln. Der erste Grundsatz muß doch sein: Wahrung des Gesetzes. (Zuruf: Dann muß das Gesetz geändert werden.) Gewiß, meine Herren. Handfeuerlöscher löschen aus, wenn der Brand im Entstehen ist. Sie bedeuten dann sogar eine Gefahr, wenn man sich ganz auf sie verläßt. Ein Apparat kostet 10 Zentner Roggen. Wenn nur eine Unterstützung von einem Zehntel gerechnet würde, käme eine Gesamtunterstützung von 200 000 Dollar in Frage. Wenn nachgewiesen wird, daß mit Handfeuerlöscher Brände von voraussichtlich großem Umfange gelöscht worden sind, haben wir stets nachträglich große Summen für Wiederauffüllung bereitgestellt.

Abg. Meyer-Holte (Ztr.) hofft, daß nach Abstellung der Mängel das vollends verschwundene Vertrauen zur Brandkasse wieder hergestellt wird. Bei Brandstiftungen sollte man rücksichtsloser vorgehen und für Vernichtung großer Werte Todesstrafe androhen.

Die Vorlage wird angenommen.

Abg. Brodek hat seine förmliche Anfrage betr. Zuschläge der Großhändler bei Verkauf gegen Papiergeld zurückgezogen.

Gerichtszeitung.

* **Im „Geburtsfleid" bei der Arbeit.** Vor der Berufungskammer des Landgerichts II stand ein Mann, der als Kopfschmuck eine üppig wallende Mähne trug. Er war vom Schöffengericht Alt-Landsberg wegen groben Unfugs zu vier Wochen Haft verurteilt worden und hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Den Passanten der in der Nähe von Dahlwitz vorüberführenden Chaussee bot sich eines Tages ein seltsamer Anblick. Eines Tages im Sommer war ein Mann eifrig mit Heuen beschäftigt. Dabei wäre an sich nichts Auffälliges gewesen, wenn der arbeitsame Mann auf der Wiese nicht nackt, wie ihn der Herrgott geschaffen, gewesen wäre. Er war in seine Arbeit so vertieft, daß er anscheinend gar nicht bemerkte, wie die Vorübergehenden ihrer Entrüstung über das adamitische Kostüm des seltsamen Mähdrechsers deutlich erkennbar Ausdruck gaben. In der Verhandlung vor der Berufungskammer war der Angeklagte seinerseits entrüstet darüber, daß man ihm sein „Geburtsfleid", wie er es nannte, verübelt habe. Das Reichsgericht habe schon vor Jahren entschieden, daß der Anblick des nackten Menschen nicht anstoßerregend sei. „Ich bin doch nicht mit Kleidern auf die Welt gekommen," so erklärte der Angeklagte, „und was die Natur geschaffen hat, kann niemals unsittlich sein oder Anstoß erregen!" Den Einwand des Vorsitzenden, daß der Angeklagte sich doch zum mindesten eine Badehose hätte anziehen können, ließ dieser nicht gelten. Er behauptete, daß er in völlig nacktem Zustande bei der Arbeit viel leistungsfähiger sei, als wenn er ein Kleidungsstück trage. Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Berufung. Das Gericht zog jedoch die offenbar idealistische Weltanschauung des Angeklagten in Betracht und ermäßigte das Urteil auf 10 Milliarden Geldstrafe.

Eingesandt.

(Für Verbindlichkeiten unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung dem Publikum gegenüber keine Verantwortung. Der Einsender muß das Gesteckte auch persönlich vertreten können.)

Weite Kreise des deutschen Volkes werden am heutigen Tage, wo Ehrhardt seinen 42. Geburtstag begeht, des verdienten Kapitäns gedenken. Nicht bloß seine Untergebenen im Weltkriege, nicht bloß die Tapferen, die sich in den Wirren 1918—1920, wo der Offizier vogelfrei war, sich diesem Führer freiwillig unterstellt haben, um unter ihm den Bolschewismus in Deutschland niederzuschlagen. Weit darüber hinaus sieht ein wachsender Kreis in dem Mann mit dem reinen selbstlosen Herzen und mit dem unbeugsamen Willen einen der künftigen Führer des deutschen Volkes. In den Münchener Sturmtagen ist das Vertrauen zu ihm gewachsen, dort haben die einen in bester Absicht Wege eingeschlagen, die nicht zu einem guten Ende führen konnten; die anderen haben sich dem entgegengestemmt mit Mitteln, die weiteste Kreise mit Bitterniß erfüllt haben. — Ehrhardt ist sicher und makellos seinen Weg gegangen: Fern von leidenschaftlicher Uebereilung, frei von verständnisloser Rücksichtslosigkeit, war sein Tun auf Ausgleich der Gegensätze und Zusammenfassung der Kräfte gerichtet. Und das blieb nicht ohne Erfolg: mehr als jeder andere hat er dazu beigetragen, wenn in München und in ganz Deutschland die Erregung des 8./9. November sich allmählich wieder legt. Deshalb schenken ihm so viele Vertrauen und tausende seiner Anhänger werden am heutigen Tage mit besonderer Begeisterung singen:

Hoch, Ehrhardt, wir folgen Dir überall hin,
Und solltest Du wider die Hölle ziehn!

K.

Vermischtes.

* **Cook als Betrüger.** Es ist wohl noch in Erinnerung, daß der Amerikaner Frederik Albert Cook einmal als angeblicher Eroberer des Nordpols aufgetreten ist, damit aber sehr wenig Glauben fand. Sein Name wird neuerdings abermals genannt, und die Rolle, die Herr Cook diesmal spielt, macht es zur Gewißheit, daß er auch im Falle des Nordpols ein Betrüger war. Wie aus dem amerikanischen Staate Texas gemeldet wird, ist Cook dort wegen Betruges verurteilt worden. Die Geschichte geht bis in den April dieses Jahres zurück. Damals verhaftete die Staatsanwaltschaft 18 Agenten amerikanischer Oelgesellschaften, die durch die Post Prospekte versandten und zur Zeichnung auf die Aktien der von ihnen angeblich vertretenen Oelgesellschaft aufforderten. Unter ihnen befand sich auch Herr Cook. Der Polizei kam das Treiben sofort verdächtig vor, und vor Gericht hat sich jetzt erwiesen, daß das Ganze tatsächlich ein großangelegter Schwindel ist. Es ist den Betrügern gelungen, dem Publikum über eine Million Dollars aus der Tasche zu locken. Sie sind allerdings ihres Raubes nicht froh geworden, sondern haben jetzt für ihren Streich zu büßen. Die andere Cook-Affäre spielte sich im Jahre 1906 ab. Damals behauptete Cook, er habe am 21. April den Nordpol erreicht. Die wissenschaftliche Welt schenkte ihm anfangs Glauben und er wurde bei seiner Rückkehr zunächst stark gefeiert. Den Gelehrten kamen allerdings sehr bald Zweifel, so daß der Ruhm des Nordpolentdeckers sehr schnell verblaßte. Seine Rolle war ganz ausgespielt, als dann Peary kurz darauf vom Nordpol zurückkehrte und seinem Landsmann die angemaßte Rolle bestritt.

Handel.

* **Oldenburgische Roggenanteilscheine.** Nach Berechnung der Staatsbankdirektion, ermittelt am 28. November 1923: Goldwert 7 Goldpfennige gleich ½ Klgr. Einzahlungswert bei den Amtskassen usw. ½ Klgr. = 70 Milliarden Mark.

— **Emder Kornbörse**, vom 27. November. Weizen 24—26 Bill., Roggen 23 Bill., Hafer 21 Bill., Erbsen grüne 33—40 Bill. Mark.

— **Bremen**, 28. November. Baumwolle amer. fully middling good colour and staple, loco 38,25 Cents nominell p. lb.

— **Bremen**, 28. November. Getreidenotierungen. Inl. Roggen 2 Doll., deutsch. Hafer 2,05 Dollar per Zentner.

— **Börse in Hannover** vom 28. November. Hannoversche Roggenanweisungen 15,75 bis 18 (vor. Not. 24)

Märkte.

— **Leer**, 28. November. Der heutige Zucht- und Nutzviehmarkt war weniger beschickt wie die Vormärkte, da das meiste Vieh die Weiden verlassen hat. Der Handel war langsam und gedrückter als am Vormarkt. Es bedangen: hochtr. Kühe und Rinder 1. Sorte 1½—1¾ Billiarden, 2. Sorte 1¼—1½ Billiarden, 3. Sorte ¾ bis 1 Billiarde, Zuchtbullen 2. Sorte 1—1½ Billiarden, 3. Sorte ¾ bis 1 Billiarde, halbjähr. Kuh- und Bullkälber 150—400 Billionen, Schlachtvieh pro Ztr. 1. Sorte 80—100 Billionen, 2. Sorte 70—80 Billionen, 3. Sorte 50—60 Billionen, Schafe 70—100 Billionen, Ferkel 8—10 Billionen, Läufer 30—60 Billionen Mark.

— **Hamburg**, 27. November. Schlachtviehmarkt Preise bei Zahlung in Gold: 1 0.70—0,75 G.-Mark, 2 0,65—0,70, 3. 0,60—0 65, 4. 0,45—0,55; Sauen 1 0,58—0,70 für das Pfund Lebendgewicht. 1 Goldmark gleich 1 Billion Papiermark. Bei Zahlung in Papier 50 Prozent Aufschlag. Handel mittelmäßig. Kälber: Auftrieb 981. Preise bei Zahlung in Gold: 1 0,60 bis 0,68, 2. 0.50—0,60, 3. 0,38—0,45, 4. 0.20 bis 0,40 G.-Mk. für das Pfund Lebendgewicht. Bei Zahlung in Papier 50 Prozent Aufschlag. Handel mittelmäßig.

Für die Geschäftsleitung und den Anzeigenteil verantwortlich: Herm. Müller; für die Schriftleitung F. A. Lange beide in Jever.

Amtliche Anzeigen.

Gemeinde Middoge.

Hebung einer Umlage nach dem Viehbestand (0,20 Goldmark) für den Amtsverband und 3. Vorschußhebung für die Berufsgenossenschaft Old. Landwirte am kommenden Sonnabend, nachmittags von 5—7 Uhr, in Haichenburgers Gasthof. Der Gemeinderechnungsführer.

Kirchengemeinde Schortens.

Hebung der Kirchenumlagen nach der Einkommensteuer: (11461

Bezirk Alderhausen am Freitag, dem 30. Novbr., von 9 bis 2 Uhr, bei Gastwirt Alb. Eden;

Bezirk Hohenkirchen am Sonnabend, dem 1. Dezbr., von 9 bis 4 Uhr, bei Gastwirt W. Scherff;

Bezirk Heidmühle, Buchstabe A bis M, Montag, den 3. Dezember, Buchstabe N bis Z Dienstag, den 4. Dezbr., vorm. von 9 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis 5 Uhr, bei G. Schütt daselbst;

Bezirk Schortens an den anderen Tagen in meinem Hause.

Steuerzettel werden nicht ausgetragen. Bücher zum Quittieren sind mitzubringen.

Eckstein, Kirchenrechnungsführer.

Vermischte Anzeigen.

Achtung! Landwirte!

Bestellungen auf **Benzin, Benzol, Petroleum, Oele und Fette** nehme entgegen am

Sonnabend, dem 1. Dez., in Hohenkirchen

bei Gastwirt Buns. (11466

Vertreter: **H. Deike, Bremen.**

Bahnhofshalle Jever.

Sonnabend großer Ball.

Doppelt besetztes Orchester (Schreichmusik).

Jeden Sonntag Tanz.

Bibliographisches Institut
Leipzig

Das volkstümlichste, unentbehrlichste Nachschlagewerk!

Meyers Handlexikon

Achte Auflage

Etwa 75000 Stichwörter und Verweisungen mit 2000 Abbildungen auf 1652 Spalten Text, 7 bunten, 46 schwarzen Tafeln, 45 z. T. farbigen Karten und 24 Textbeilagen

Neudruck 1922 auf holzfreiem Papier in Leinenband mit Goldpressung 13 M. Gz., in Halbleder gebunden 18 M. Gz.

Grundzahl (Gz.) ist mit Schlüsselzahl des Buch-Händlervereins zu multiplizieren

Schwere 4jähr Old. Stute zu verk. od. zu vertauschen. Mittelbeich. R. Carstens.

Eine fette Kuh

zu verkaufen. Husum. Th. Eilers.

Bestes, 8 Monate altes vorgemerktes (11457

Kuhkalb

wertbeständ. zu verkaufen. C. Bejoke. Neuender-Attengroden.

Zu vertauschen

geg. Landesprodukte irgendwelcher Art (11458

ein Spültrog,

vorzüglich geeignet zum Abbrühen beim Schlachten. Angebote nach Wilhelmshaven, Bismarckstr. 77 I, lks. Fernruf 359. Geschäftszeit: 9 bis 11 Uhr und 3 bis 5 Uhr.

Der **Arb.-Gesangverein „Volkslied", Heidmühle,** feiert am Sonnabend, dem 1. Dezember, abends, im Saale des Herrn Nordmann, Schortens, sein

4. Stiftungsfest,

bestehend aus (11472

Gesangvorträgen mit nachfolgendem **Ball.**

Der Wirt. Das Komitee.

Felle

aller Art, Hasen, Iltis, Kanin, Fuchs, Schaf 2c. kauft zu reellen Tagespreisen

A. Riede, Neuestr. 19.

Geb. Herr sucht Pr.-Mittagstisch. Preis-Offert. unt. Nr. 11455 a. d. Geschäfts. d. Bl.

Halte einen (11454

Eber

zum Decken. Tain. J. Bohsen.

Schweren Schlachtbullen verkauft D. O.

Grünkohl kauft (gentnerweise und ganze Blaken)

Lebensmittelgeschäft Schlachtstraße 17, Fernspr. 52.

Bullenkörung

Freitag, den 7. Dez. d. J., nachm. 2 Uhr, in Jever.

Anmeldegebühr 1 Goldmark, Nachmeldung 2 Goldmark. Anmeldungen bis Dienstag, den 4. Dez., einschl.

Jeverländ. Herdbuchverein, e. V.

Mittwoch, den 12. Dezbr. im Konzerthaus in Jever:

Groß. Konzert des Singvereins in Jever

Die heilige Stadt.

Von Walther Böhme (op. 30).

3 auswärtige Solisten, der Singverein, 25 Musiker vom Landesorchester.

Anfang 5 Uhr. Ende gegen 7 Uhr.

Vorverkauf bei Carl Breithaupt. (11474

Lichtspiele.

Freitag und Sonntag: Der zweite (letzte) Teil des großen Films: **Sterbende Völker.** Vorher das glänzende Lustspiel: **Ein feuchtes Rendezvous** u. der interessante Tierfilm: **Die Storchenfamilie.** Saalpl. 40 Pfg., Balk. 60 Pfg. Anfang 8 Uhr.

Sofort

sind Sie befreit von Ihren (125

Kopflausen,

Nissen, tötben durch

Mordax.

Kreuz-Drogerie und Filiale.

Preiswerte Mäntel

angekommen.

Bruns & Remmers.

Der Tanzunterricht im Adler fällt diese Woche **umständehalber aus** und findet **Donnerstag, den 6. Dez. d. J.** statt. **Offermann,** Tanzlehrer. (11445)

Kramer, Hooksiel.

Sonntag Ball.

Rinder- und Hammeltalg

zu verkaufen. (11460

Jul. Levy, Schlosserstr.

Karl Seing.

Die Geburt eines

Sohnes

zeigen an

Bernhard Janßen und Frau Anna geb. Janßen.

Sillenstede, 27. Nov. 1923.

Gestern abend entschlief nach langem Leiden unsere liebe Mutter und Großmutter,

die Witwe des Schmiedemeisters Anton Frerichs,

Meta

geb. Klostermann,

im 72. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Fam. Hinr. Frerichs. Familie Aug. Weitemeyer.

Rüstringen, Schaarreihe 30.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmitt. 3 Uhr, auf dem alten Friedhof zu Neuende statt. (11456

Landesbibliothek Oldenburg